

Zeit für neue Strategien

Gegenwärtiger Stand des Friedensprozesses in Myanmar

von *Christina Grein*

Februar 2018

Nach fast siebzig Jahren Bürgerkrieg und bewaffneten Konflikten wird der Friedensprozess als grundlegende Basis für ein friedliches Zusammenleben im multiethnischen Myanmar bewertet. Die Friedensverhandlungen unter der ehemaligen Regierung resultierten im sogenannten Nationwide Ceasefire Agreement (Landesweiten Waffenstillstandsabkommen), das von acht – aus rund 21 – bewaffneten ethnischen Gruppen unterzeichnet wurde. Die Initiierung der Panglong-Friedenskonferenzen unter der nachfolgenden National League for Democracy-Regierung weckte große Hoffnungen bei den ethnischen Minderheiten im Land. Inzwischen ist jedoch Frustration über die stockenden Verhandlungen eingetreten. Im Dezember 2017 sprach Christina Grein mit Dr. Sai Oo, Direktor des Pyidaungsu Institute, über den Stand der Verhandlungen und die Herausforderungen im Friedensprozess.

Wie kam es zur Gründung des Pyidaungsu Institute?

Das Pyidaungsu Institute wurde 2013 in Chiang Mai eröffnet, weil das zu dieser Zeit in Myanmar unmöglich war. Der Leiter des Instituts war für viele Jahre in der Demokratie- und der ethnisch-föderalistischen Bewegung aktiv. Die Idee für das Institut entstand während der Gründung des Myanmar Peace Center im Rahmen der landesweiten Friedensverhandlungen. Die ethnischen Gruppen realisierten, dass die Verhand-

lungen vor allem unter der Kontrolle der Regierung geführt wurden. Es gab weder ein Forum für die ethnischen Minderheiten, noch ein Verständnis für ihre Positionen.

Welche Rolle spielte das Institut zu dieser Zeit?

Während der letzten fünf Jahre war es ein steiniger Weg im Friedensprozess. Zu Beginn stellten wir nur technische Unterstützung für die bewaffneten ethnischen Organisationen (EAOs,

ethnic armed organisations) bereit. In der frühen Phase des Friedensprozesses gab es ein landesweites Waffenstillstandsabkommen (NCA, Nationwide Ceasefire Agreement). Dabei unterstützten wir die Anführer*innen der EAOs bei den Verhandlungen und der Formulierung von gemeinsamen Prinzipien und Zielen. Dadurch hatten wir einen großen Einfluss auf die Ausarbeitung des NCA. Wir waren außerdem in die Ausarbeitung der Rahmenbedingungen des politischen Dialogs, der auf die Unterzeichnung des NCA folgt, involviert. Der Entwurf wurde von einer informellen Arbeitsgruppe erarbeitet. Der Prozess bedurfte etlicher Beratungen und dauerte etwa sieben bis acht Monate. 2015 verlagerten wir unser Hauptbüro nach Yangon, um enger mit politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten zu können. Wir haben allerdings immer noch ein kleines Büro in Chiang Mai.

Was änderte sich, nachdem das Hauptbüro nach Yangon verlegt wurde? Inwiefern kam das der Arbeit des Instituts entgegen?

Mit der Zeit entwickelte sich eine enge Beziehung zu den politischen Parteien und EAOs. Als Mitglied des Union Peace Dialogue Joint Committee, das Leitungs- und Steuerorgan im Friedensprozess, arbeiten wir eng mit verschiedenen Stakeholdern zusammen. Daneben sind einige Mitarbeiter*innen auch im Joint Ceasefire Monitoring Committee (Organ, das zukünftige bewaffnete Auseinandersetzungen verhindern soll) engagiert. Nachdem wir die EAOs zuvor maßgeblich technisch unterstützt hatten, wurden wir gebeten, sie bei den Friedensverhandlungen zu vertreten. Diese Aufgabe beschäftigt uns ganz schön. Auf der einen Seite bedeutet dies, dass wir nicht mehr so unabhängig sind. Aber andererseits haben wir nun den Vorteil, dass wir die laufenden Debatten und Diskussionen besser verstehen können und Informationen aus erster Hand erhalten. Unser Ziel ist es, die Defizite und Bedürfnisse in den Verhandlungen zu verstehen, zum Beispiel die Wissenslücken. Wir nehmen nicht zwingend die Positionen der EAOs ein. Dafür sind zu viele verschiedene Gruppen involviert. Deren Positionen können sehr unterschiedlich und manchmal auch umstritten sein.

Die Unterstützung der diversen ethnischen Gruppen bei den Friedensverhandlungen,

das klingt nach einer interessanten und zugleich anstrengenden Aufgabe. Was ist Ihr Hintergrund und wie sind Sie zu diesem Job gekommen?

Während der demokratischen Bewegung 1988 im Land war ich ein junger Mann, der gerade sein Studium beginnen wollte. Ich war damals in die Anti-Regierungs-Bewegung und in die Proteste involviert. Dies war eine sehr schwierige Zeit, in der viele von uns inhaftiert worden sind. Ich schaffte es jedoch zu flüchten und schloss mich einer der EAOs im nördlichen Shan-Staat an. In den darauf folgenden Jahren, von 1989 bis 1990, lebte ich in Namkhan im Dschungel. Zu dieser Zeit wurde dieses Gebiet noch von der Kommunistischen Partei Birmas kontrolliert. Zwei Jahre später änderte sich die Situation, als General Khin Nyunt Waffenstillstände mit den EAOs aushandelte. So kam ich als Flüchtling nach Thailand und erhielt später ein Stipendium für ein Studium in Australien. Dort studierte ich für ein paar Jahre, kam aber regelmäßig zurück nach Thailand. Nachdem ich mein Studium beendet hatte, arbeitete ich an der Universität von Western Sydney und in der Regierung von New South Wales. Trotzdem fehlte mir etwas in meinem Leben. Ich entschied mich 2013 nach Myanmar zurück zu gehen und nahm die Gelegenheit wahr, für das Pyidaungsu Institute zu arbeiten. Dies war eine sehr persönliche Entscheidung und eine Herzensangelegenheit für mich.

Bisher haben zwei Panglong-Friedenskonferenzen stattgefunden, die dritte Runde soll bald folgen. Wie schätzen Sie den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen ein?

Die Situation wird immer komplizierter aufgrund der vielen verschiedenen Interessen der EAOs. Das Militär besitzt weiterhin eine mächtige Stellung in den Verhandlungen. Der Wahlsieg der National League for Democracy (NLD) 2015 erzeugte hohe Erwartungen. Aber nach einer Weile realisierten wir, dass die NLD noch viele Sachen lernen muss, um ihrer Rolle als Regierungspartei gerecht zu werden. Sie steckt noch immer in einer relativ schwachen Position. Unter der vorherigen Regierung war der Friedensprozess in einer besseren Position, da es eine Art informellen Dialog unter den Akteur*innen gab. Unter der NLD-Regierung behandelt das Militär den Friedensprozess als Sicherheits-



*Kadetten
der Kachin
Independence
Army in Laiza,
Kachin-Staat
©Paul Vrieze,
VOA, Public
Domain*

angelegenheit. Das ist ein signifikanter Unterschied. Laut dem NCA müssen die Interessengruppen zuallererst das Waffenstillstandsabkommen unterschreiben. Erst danach folgt der politische Dialog mit Diskussionen über konstitutionelle Veränderungen und andere Themen. Zurzeit machen wir keine Fortschritte, weil die Situation komplizierter geworden ist. Es gibt einige Organisationen, die das Abkommen noch nicht unterzeichnet haben: die schwer bewaffnete und mächtige Northern Alliance,¹ mit Kontrolle über ein sehr großes Territorium, und das United Nationalities Federal Council² (UNFC), welches ursprünglich an der Spitze der NCA-Verhandlungen stand, sich dann aber zurückzog.

Was waren die Gründe für den Rückzug des UNFC?

Ich denke dafür gibt es viele Gründe. Ein Hauptgrund ist, dass das UNFC die Legitimität der semi-zivilen Regierung unter Thein Sein hinterfragt hat. Jede Organisation hat radikale Kräfte in ihrem Kreis. Diese Kräfte sagen: »Wir wurden für so viele Jahre unterdrückt. Warum verhandeln wir jetzt? Nichts von den Dingen, die wir wollen, wird uns garantiert.« Und einige dieser Kräfte verlangen Antworten, bevor sie in die Verhandlungen gehen. Das ist verständlich. Sie wurden so viele Male hintergangen. Trotz mehrerer Waffen-

stillstandsabkommen mit der Regierung und dem Militär hat sich nichts verändert. Aber es gibt auch Gruppen, die pragmatischer sind und den Friedensprozess als Chance sehen. Diese Gruppen haben ihre Waffen abgegeben und sich bereit erklärt, im politischen Dialog mitzuwirken. Sie wollen nicht auf ewig weiterkämpfen.

Welche Rolle spielt die Northern Alliance in den Verhandlungen? Was ist ihre Haltung gegenüber dem NCA?

Die Northern Alliance kontrolliert zwar ein großes Gebiet, dieses liegt jedoch sehr abgeschieden. Daher hat sie wenig Zugang zur internationalen Gemeinschaft, pflegt aber gute Beziehungen zu China. Schauen wir uns mal die politischen Auseinandersetzungen genauer an: bisher akzeptiert die Northern Alliance den NCA-Ansatz der Regierung nicht. Sie möchte anders vorgehen, hat aber bisher noch nicht dargelegt, wie dieser neue Ansatz aussehen soll. Es wäre eine bessere Option, auf Ergänzungen im gegenwärtigen Abkommen zu drängen. Da der NCA national anerkannt ist, ist es unmöglich, das gesamte Abkommen zu ersetzen. Dazu kommt noch ein weiteres Problem mit Blick auf die Allianz. Das Militär unterscheidet zwischen offiziell anerkannten Gruppen und sogenannten »rechtswidrigen Vereinigungen«. Es

ist bereit, mit Gruppen wie der Kachin Independence Army zu verhandeln, nimmt jedoch Abstand von Diskussionen mit der Myanmar National Democratic Alliance Army, der Ta-ang National Liberation Army und der Arakan Army. Das alles wird erschwert durch historische Entwicklungen. Die Myanmar National Democratic Alliance Army, eine Kokang Gruppe, war die erste EAO, die sich von der Kommunistischen Partei Birmas löste und einen Waffenstillstand mit der Regierung in den 1990ern schloss. Zu dieser Zeit hatte sie eine sehr gute Beziehung zur Regierung. Die Region erlebte einen ökonomischen Aufschwung, von dem sowohl Truppen der Myanmar National Democratic Alliance Army als auch der Tatmadaw (Militär) profitierten, insbesondere durch Opium- und Heroinhandel. Als sie 2009 jedoch von Regierungstruppen unter Druck gesetzt wurden, sich in Border Guard Forces³ (»Grenzschutztruppen«) zu transformieren, kam es zu einer Spaltung der Gruppe. Die eine Fraktion willigte der Transformation ein und erlangte die exklusive Kontrolle über das selbst-verwaltete Kokang Gebiet. Die andere Fraktion tauchte unter und verschwand für lange Zeit. 2015 tauchte diese Fraktion plötzlich wieder auf und versuchte, das Gebiet zurückzuerobern. Die Tatmadaw war sehr aufgebracht, da sie viele Tote in ihren Reihen zu beklagen hatte. Die Arakan Army und die Ta-ang National Liberation Army hatten die Allianz bei ihrem Angriff unterstützt. Die Kachin Independence Army wurde ebenfalls der Beihilfe beschuldigt, sie bestritt allerdings jegliche Beteiligung. Aus der Sicht der Bamar (Mehrheitsethnie in Myanmar) war dieser Angriff eine territoriale Angelegenheit, eine Invasion.

Letztes Jahr gründete die Northern Alliance mit drei weiteren EAOs ein Komitee für kollektive Verhandlungen mit der Regierung. Können Sie uns hier mehr über die besondere Rolle der United Wa State Army erzählen?

Sie ist der Kopf des Federal Political Negotiating and Consultative Committee, eine Koalition von sieben bewaffneten Gruppen einschließlich der Mitglieder der Northern Alliance. Dieses Komitee fordert Verhandlungen mit der Regierung als Koalition anstatt von bilateralen Verhandlungen mit den einzelnen Mitgliedern. Es ist eine schwierige Aufgabe, die United Wa

State Army in die Friedensgespräche zu involvieren. Früher waren die ethnische Gruppe der Wa und ihr Gebiet gewissermaßen vom Rest des Landes getrennt und ohne jegliche formelle Beziehungen. Sie wurden von der Kommunistischen Partei Chinas unterstützt. Als die Kommunistische Partei Birmas zusammenbrach, wurden sie eine nationalistische Organisation. Sie haben noch immer eine sehr enge Beziehung zu China. Zum Beispiel gehen die Kinder in China zur Schule, sie benutzen die chinesische Währung und sprechen mehrheitlich Chinesisch (Mandarin). Die meisten Führungskräfte sprechen kein Birmanisch (Myanma). Ihre Ausbildung bekamen sie von der Kommunistischen Partei Birmas, die zum Ziel hatte, Birma in ein kommunistisches Land umzuwandeln. Die gute Sache ist, dass die Wa immer noch Teil des Landes sein wollen. Aber das Militär hält an seinen veralteten Verhaltensmustern fest: »Erst zuschlagen, dann spalten und darauf folgend ins Gespräch kommen.«

Was sind die größten Herausforderungen im Friedensprozess?

Das Militär benötigt eine klarer definierte Strategie. Seine Herangehensweise war immer, die militärische Position des Feindes zu schwächen, bevor es Gespräche beginnt. Es bevorzugt immer noch militärische Lösungen mit teuren und sehr harten Taktiken. Es ist aber noch nicht mit den politischen Spielregeln vertraut. Eine der Forderungen des UNFC ist bedingungsloser Waffenstillstand für eine bestimmte Zeitspanne. Aber das Militär weist das zurück. Die ethnischen Gruppen erwarten von der Regierung, dass sie geschickter im Umgang mit dem Militär wird. Viele der Gruppen sind der Meinung, dass sie mit der NLD-Regierung zahlreiche gemeinsame Vorstellungen teilen. Die Regierung muss also lernen, das Spiel zu ändern. Bisher war sie noch nicht im Stande, dies zu tun. Es gibt aber auch Herausforderungen auf der Seite der bewaffneten ethnischen Gruppen. Aufgrund der Diversität der Gruppen in den Koalitionen ist es schwierig, bestimmte Vereinbarungen zu erreichen, da das Verständnis vom Friedensprozess und die Bedürfnisse variieren. Die EAOs bewerten den Föderalismus und die Änderung der Verfassung als die wichtigsten Punkte in den Verhandlungen. Aber nur wenige Mitglieder dieser Gruppen haben für eine gewisse Zeit in



föderalistischen Ländern gelebt. Sie haben also keine Erfahrung mit föderalistischen Systemen.

Eine weitere aktuelle Herausforderung ist es, die Nicht-Unterzeichner in den Friedensprozess und in die Verhandlungen über das Waffenstillstandsabkommen miteinzubinden. Das Militär besteht auf seine Position. Zurzeit wird über diese Angelegenheit zwar diskutiert, aber es gibt noch keine Ergebnisse. Die Forderungen der beiden Seiten klaffen weit auseinander. Das Militär greift immer wieder auf die »Teile und-Herrsche«-Taktik, die es von den Briten übernommen hat, gegen die EAOs zurück. Daraus resultiert wachsendes Misstrauen. Es benutzt diese Strategie sogar am Verhandlungstisch. So sagt es beispielsweise: »Ich rede nur mit dir, nicht mit deinem Freund. Ich kann nicht mit euch beiden zusammensitzen. Ich werde mit deinem Freund auf eine andere Art und Weise reden.« Das Militär versteht sich als Wächter der Verfassung. Ich denke, es hat eine falsche Wahrnehmung seiner Rolle.

Sie erwähnten, dass Föderalismus eine zentrale Bedeutung für die EAOs hat. Was verstehen diese unter Föderalismus und welche Rolle spielt dieser im politischen Dialog?

Das Verständnis der EAOs von Föderalismus ist noch immer sehr abstrakt, auch wenn sich die ethnischen Gruppen entlang der thai-birmanischen Grenze schon lange mit diesem Thema beschäftigen. Sie haben gute Anstöße, wie Föderalismus die zukünftige Landschaft verändern könnte und sie tauschen sich über mögliche Formen und Eigenschaften aus. Aber sie sind in einem stark zentralisierten System aufgewachsen, deswegen ist es für sie auch schwierig, sich von diesem Konzept vollständig zu verabschieden. Das bedeutet, dass es sehr viele Beschränkungen gibt. Das Verständnis von Föderalismus muss erweitert werden. Allerdings haben die ethnischen Gruppen nicht genug Ressourcen, weder personelle noch andere notwendige Ressourcen. Das wird sie auf lange Sicht erschöpfen.

Zurzeit gibt es Diskussionen zum Thema Ressourcen-Föderalismus. Die derzeitigen Verhandlungen beinhalten fünf verschiedene Themenblöcke: Politik, Ökonomie, soziale Aspekte, natürliche Ressourcen und Umwelt. Dabei wird z. B. die Frage debattiert, ob die Union oder die föderale Regierung die Autorität über Landverwaltungs-Angelegenheiten bekommt und wie die Einnahmen daraus verwaltet werden sollen. Um tatsächlich an einer Richtlinie arbeiten zu kön-

nen, muss jedoch die Verfassung geändert oder ergänzt werden. Die derzeitige Verfassung gibt den Regionalregierungen die Möglichkeit, Steuern einzuziehen. Aber diese sind viel zu niedrig. Richtlinien zur Verteilung von Einnahmen sollten individuell auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Staates angepasst werden (es gibt sieben sogenannte »States« ethnischer Nationalitäten sowie sieben sogenannte »Regions« der birmanischen Bevölkerungsmehrheit). Die Regionalregierungen verfügen über ein sehr kleines Budget und haben große Kapazitätsprobleme.

Wie steht es um die Beziehungen und den Austausch zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen?

Sie treffen sich regelmäßig für Diskussionen und Verhandlungen. Jede Organisation schickt zwei bis drei Delegierte. Aber viele Delegierte sind unerfahren und nicht gut vorbereitet. Das ist ein großes Problem innerhalb der EAOs. Um erfolgreiche Verhandlungen abzuschließen, brauchen wir die Entscheidungsträger*innen oder die wichtigsten Verhandlungsführer*innen am Tisch. Personen, die schnell reagieren können und ein gutes Verständnis der Themen und Probleme haben. Leider haben die EAOs kaum Erfahrungen mit politischen Verhandlungen. Sie beherrschen Fähigkeiten, die für Kampfeinsätze im Dschungel notwendig sind, haben aber wenige Kompetenzen in politischer Verhandlungsführung.

Die Staaten der ethnischen Minderheiten sind reich an Bodenschätzen, jedoch mangelt es ihnen an Infrastruktur, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen. Ist ökonomische Entwicklung ein Schlagwort in den Verhandlungen?

Die derzeitigen Verhandlungen beinhalten Fragen wirtschaftlicher Entwicklung. Das sind aber alles Diskussionen über ein zukünftiges föderalistisches System. Im NCA wird die Entwicklung von lokalen Gemeinschaften in der Übergangphase erwähnt. Ich schätze, die Regierung dachte, dass alles besser wird, wenn sie die Entwicklung in den ethnischen Regionen unterstützt. Aber das ist nicht der Fall. Entwicklung allein bringt keinen Frieden. Zuvor (in den 1990ern) nutzte die Regierung ein bestimmtes Waffenstillstands-Modell. Alle ethnische Grup-

pen, die Waffenstillstandsvereinbarungen unterzeichneten, waren freigestellt, sich an der Entwicklung ihrer jeweiligen Regionen zu beteiligen und die lokale Wirtschaft zu unterstützen. Das war eine Art Belohnung. Aber schlussendlich bereicherten sich nur die Generäle des Militärs und einige Organisationen. Damals herrschte eine »Nimm so viel du kannst«-Haltung, zum Beispiel in der Holz-Industrie. Und im Laufe von 20 Jahren verschwand ein großer Teil von Myanmars Wäldern.

Chinas Wirtschaft wächst stetig an und so kauft es alles Verfügbare auf: Holz, Rubine aus dem südlichen Shan-Staat, Jade aus dem Kachin-Staat und andere Mineralienprodukte. Aber chinesische Unternehmen unterstützen keine nachhaltige Entwicklung. China liefert nun Cash Crops zum Anbau nach Myanmar um das Endprodukt später wieder nach China zu exportieren. Die beliebtesten Kulturen sind Wassermelone für das chinesische Neujahr, Bananen und Mais. In der Vergangenheit spielte die lokale Bevölkerung eine wichtige Rolle in chinesischen Geschäftsaktivitäten, als Arbeitskräfte zum Beispiel. Doch seit die Unternehmen ihren Schwerpunkt auf Hightech-Landwirtschaft gelegt haben, benötigen sie Personal mit spezialisiertem Wissen. Deswegen stellen sie keine einheimischen Bäuer*innen mehr ein und eine wachsende Menge an chinesischen Arbeiter*innen wird auf die Plantagen geholt. Diese Arten von Investitionen sind nicht offiziell, deswegen können sie ganz leicht nach ihren eigenen Regeln spielen.

Welche Form von ökonomischer Entwicklung könnte möglicherweise zur Friedensförderung beitragen?

Ökonomische Entwicklung wird dringend benötigt. Wir müssen die Lebensbedingungen der lokalen Gemeinschaften verbessern. Sowohl Armut als auch fehlende Schulbildung sind treibende Faktoren für die lokale Bevölkerung, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Dennoch müssen Investitionen verantwortlich getätigt werden. Wir brauchen verschiedene Formen um lokale Entwicklung einzuführen. Wir brauchen einen Fokus auf lokaler Partizipation und eine maximale Rendite für die lokale Bevölkerung. Dazu sollten die geschäftlichen Aktivitäten auch an die Fähigkeiten der Bevölkerung angepasst werden. Der beste Weg wäre, den Ab-

bau von natürlichen Ressourcen zu stoppen, zumindest im Moment. Denn in den meisten Fällen gehen die Profite nicht an die lokale Bevölkerung. Während der Waffenstillstände in 1990ern litt die Bevölkerung am meisten. Obwohl sie direkt neben den reichen Rubin- und Jademinen sitzt, ist sie sehr arm. Darüber hinaus sind mehrere ethnische Gemeinschaften mit den Nebeneffekten des Schwarzmarkts konfrontiert, wie etwa eine hohe Rate an Drogenmissbrauch und Menschenhandel. Die Ressourcenverwaltung der vorigen Regierung war mangelhaft, aber die derzeitige Regierung versucht eine verantwortungsvollere Verwaltung zu fördern. Sie verbot den Abbau und Verkauf von Holz und kündigte an, dass alle noch bestehenden Jade-Abbau Lizenzen 2018 auslaufen werden. Das ist ein guter

Schritt, aber wir werden sehen, wie es weiter geht. Einige Lizenzen müssen gerade wieder erneuert werden, weil Myanmar seine hohen Schulden bei China tilgen muss.

Endnoten

- 1 Mitglieder der Northern Alliance: Kachin Independence Army, Myanmar National Democratic Alliance Army, Ta-ang National Liberation Army, Arakan Army
- 2 Mitglieder des UNFC: New Mon State Party, Karenni National Progressive Party, Lahu Democratic Union, Arakan National Council
- 3 Border Guard Forces („Grenzschutztruppen“) sind Milizen, die von der Tatmadaw zwischen 2009 und 2010 gegründet wurden. Diese setzen sich aus ehemaligen aufständischen Gruppen zusammen, die unter dem Regionalkommando der Tatmadaw stehen.

Die Autorin

Christina Grein ist Koordinatorin der Burma-Initiative, ein Projekt der Stiftung Asienhaus.

Redaktionelle Mitarbeit: Franzi Müller

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Christina Grein

Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel: 0221/716121-25

Email: christina.grein@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de/burma>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Published under Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0).